

Herbstkonferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Ländern und im Bund vom 4. bis 5. Oktober 2021 in Wiesbaden

Steuererhöhungen würgen den Aufschwung ab.
Bürger sowie Unternehmen benötigen Entlastung.

Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher von CDU und CSU stellen fest, dass die deutsche Wirtschaft auf einem guten Weg ist, sich nach der größten Krise seit dem II. Weltkrieg zu erholen. Der Arbeitsmarkt zeigt sich erfreulich solide, und die Wirtschaftsdaten entwickeln sich weitgehend positiv. Es ist unbestritten, dass diese Entwicklungen auf die umfangreichen Hilfen des Staates zurückzuführen sind. Um die Folgen der Corona-Pandemie endgültig zu überwinden, können weitere Unterstützungsmaßnahmen notwendig sein.

Die Sprecherkonferenz fordert kleine und mittlere Einkommen zu entlasten und auch künftig die Wirkung der sogenannten „Kalten Progression“, von der vor allem die bürgerliche Mitte betroffen ist, auszugleichen. Der Einkommensteuertarif sollte auch weiterhin an die allgemeine Preisentwicklung angepasst werden. Damit wird sichergestellt, dass alle Einkommensteuerzahler vor einer schleichenden Mehrbelastung durch Inflation geschützt sind.

Gefährlich sind die Forderungen der politischen Linken nach Steuererhöhungen im Bereich der Einkommen- und der Erbschaftsteuer sowie der Wiedereinführung der Vermögensteuer. Es wäre widersinnig, zuerst Unternehmen und Wirtschaft zu stützen und sie danach mit Belastungen in ihrer Erholung zu bremsen und so die positive Entwicklung zu gefährden. Konkret würde das weniger Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, dafür mehr Bezieher staatlicher Leistungen und Armut bedeuten.

Laut dem Wirtschaftsforschungsinstitut Köln (IW Köln) ist keine Steuerart wirtschaftsfeindlicher als die Vermögensteuer. Auch eine Studie des Bundesverbands deutscher Startups aus dem Jahr 2021 sieht in der Vermögensteuer eine Wachstumsbremse für die deutsche Startup-Szene.

Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher lehnen auch aus administrativen Gründen die Vermögensteuer konsequent ab. Ein Aufleben der Steuer hätte einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand zur Folge. Dazu führt die Substanzbesteuerung insbesondere bei familiär geführten Unternehmen zu Liquiditätsentzug und damit zu verminderten Innovationen und Investitionen. Das gefährdet den Bestand von Unternehmen und Arbeitsplätzen.